

ARBEITEN AUS DEM IURISTISCHEN SEMINAR
DER UNIVERSITÄT FREIBURG SCHWEIZ

Herausgegeben von Peter Gauch

119

LIONEL HARALD SEEBERGER

DIE RICHTERLICHE ERBTEILUNG

UNIVERSITÄTSVERLAG FREIBURG SCHWEIZ
1992

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	VII
Literaturverzeichnis	XXIII
Verzeichnis der Abkürzungen	XXVII

EINFÜHRUNG.	1
---------------------	---

1. TEIL: GRUNDLAGEN

§1 ZUR STELLUNG DES RICHTERS IM ZIVILRECHTSSYSTEM . . .	5
---	---

I. PRIVATRECHT ALS FOLGE UND SPIEGELBILD MENSCHLICHEN ZUSAMMENLEBENS.	5
--	---

1. Zum Wesen und Inhalt des Privatrechts	5
2. Grenzen des Privatrechts	6
3. Der Staat als Garant für die Einhaltung des Privatrechts	7

II. PRIVATRECHT UND SEINE VERWIRKLICHUNG IN DER SCHWEIZ	9
--	---

1. Allgemeines	9
2. Dienende Rolle des Prozessrechts	10
3. Anforderungen an die Ausgestaltung kantonaler Prozessrechte	11
4. Privatrecht und richterliche Kompetenzen	11

III. FOLGERUNGEN IM HINBLICK AUF DIE ERBTEILUNG	13
---	----

§ 2 GRUNDZÜGE DER ERBTEILUNG.	15
---------------------------------------	----

I. ALLGEMEINES.	15
-------------------------	----

1. Erbgang, Erbengemeinschaft und Erbteilung	15
2. Der Abschluss der Erbteilung	16
2.1. Die vertragliche Erbteilung	16
2.1.1. Der schriftliche Erbteilungsvertrag	17
2.1.2. Die Realteilung	17
2.2. Das Erbteilungsurteil	18

II. DER GRUNDSATZ DER FREIEN ERBTEILUNG	19
1. Inhalt	19
2. Ausnahmen vom Grundsatz der freien Erbteilung	20
2.1. Zerstückelungsverbote für Grundstücke	20
2.2. Das BG über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (vom 16.12.1983).	20
2.3. Haftungsnormen	21
3. Zum Einfluss der Verfügungen des Erblassers auf den Inhalt des Teilungsvertrages	23
3.1. Einleitende Übersicht	23
3.2. Teilungsvorschriften des Erblassers	23
3.2.1. Zur Bedeutung der Teilungsvorschriften bei Uneinig- keit unter den Erben	24
3.2.2. Zur Bedeutung der Teilungsvorschriften bei einer ihnen widersprechenden Erbenübereinkunft	24
3.3. Einsetzung eines Willensvollstreckers	25
3.3.1. Übersicht	25
3.3.2. Die Willensvollstreckung bei Fehlen erblasserischer Teilungsvorschriften	26
3.3.3. Willensvollstreckung in Verbindung mit erblasseri- schen Teilungsvorschriften	27
3.3.4. Zur Androhung einer Präklusivfrist	28
III. BEHÖRDLICHE MITWIRKUNG BEI DER ERBTEILUNG.	29
1. Einleitung	29
1.1. Zum Begriff der Behörde	29
1.2. Der Grundsatz der freien Erbteilung und die behörd- liche Mitwirkung	30
2. Zielrichtungen behördlicher Mitwirkung	31
2.1. Behörden mit einer Schutzfunktion	31
2.1.1. Der Schutz von Gläubigerinteressen	31
2.1.2. Der Schutz schwacher Erben	33
2.2. Behörden mit einer Teilungsfunktion	35
2.2.1. Erweiterte amtliche Mitwirkung gemäss kantonalem Recht	35
2.2.2. Losbildung durch die Behörde nach Art. 611 Abs. 2	36
2.2.3. Behördliche Entscheidung teilungsrechtlicher Fragen	38
3. Behördliche Mitwirkung und richterliche Erbteilung	39
3.1. Zur Bedeutung der behördlichen Vorarbeiten im allgemeinen	39
3.2. Zur Umgehung der behördlichen Mitwirkung	40

3 ERBTEILUNGSKLAGE UND-PROZESS 43

**I. DER GESETZLICHE ERBTEILUNGSKLAGEN ANSPRUCH ALS
KLAGEGRUNDLAGE 43**

- 1. Der Teilungsanspruch als Bestandteil des Privatrechts 43
 - 1.1. Art. 604 Abs. 1 und seine Bedeutung 43
 - 1.2. Der Teilungsaufschub als Ausnahme. 45
 - 1.2.1. Die vertragliche Verschiebung der Teilung 45
 - 1.2.2. Die Verschiebung der Teilung durch den Erblasser . . . 46
 - 1.2.3. Die gesetzliche Verschiebung der Teilung. 47
 - 1.2.4. Die richterliche Verschiebung der Teilung 48
- 2. Zur zwangsweisen Durchsetzung des Teilungsanspruches 49
 - 2.1. Die Klageberechtigung als sekundärer Aspekt des
Teilungsanspruches. 49
 - 2.2. Zielrichtungen der Erbteilungsklage. 51
 - 2.2.1. Der Zeitpunkt der Teilung als Thema der
Erbteilungsklage. 51
 - 2.2.2. Die Teilung selbst als Thema der Erbteilungsklage . . . 54
 - 2.2.3. Zeitpunkt und Teilung als Thema des
Erbteilungsprozesses. 54

**II. AUFGABEN UND KOMPETENZEN DES ERB-
TEILUNGSRICHTERS. 55**

- 1. Zum richterlichen Aufgabenkreis 55
 - 1.1. Die Klage als Auslöser und Vorgabe der richterlichen
Teilungsaktivitäten. 55
 - 1.1.1. Partielle Erbteilungsklagen. 56
 - 1.1.2. Einzelfragen als Thema einer Teilungsklage. 58
 - 1.1.3. Vielfalt möglicher Teilungsklagen. 59
 - 1.2. Die richterliche Erbteilung i.e.S. als rechtsschöpferi-
scher Akt eigener Art 60
 - 1.2.1. Relative Verbindlichkeit von Rechtsbegehren bzw.
Anträgen 61
 - 1.2.2. Freiere Stellung des Erbteilungsrichters im Prozess . . . 62
 - 1.3. Der Richter als Vermittler. 63
- 2. Kompetenzen des Richters in der Erbteilung. 65
 - 2.1. Das Problem. 65
 - 2.2. Ein kommentierender Blick auf Lehre und Recht-
sprechung. 66
 - 2.2.1. Als Gegner umfassender richterlicher Zutei-
lungskompetenzen: Escher. 66
 - 2.2.2. Als Befürworter umfassender richterlicher Zu-
teilungskompetenzen: Tuor/Picononi und Druey 68

2.2.3. Entscheide des Bundesgerichts	70
2.2.4. Entscheide kantonaler Gerichte.	70
2.2.5. Ausblick	71
2.3. Theoretische Lösungsansätze.	72
2.3.1. Die prinzipielle Existenz einer direkten Zuweisungs- kompetenz des Erbteilungsrichters als Ausgangspunkt	72
2.3.2. Der Umfang der richterlichen Zuweisungskompeten- zen und das Anforderungsprofil an allfällige Zutei- lungskriterien unter dem Blickwinkel des Wesens des Privatrechts.	75
2.3.3. Der Umfang der richterlichen Zuweisungskompeten- zen unter dem Gesichtspunkt der Funktion und der Natur des Erbteilungsurteils.	78
2.4. Zusammenfassung.	80
ID. EINZELFRAGEN.	81
1. Zur juristischen Natur von Erbteilungsklagen und -urteilen . .	82
2. Wirkungen des Erbteilungsurteils i.e.S.	84
2.1. Die Gestaltungswirkung des Erbteilungsurteils i.e.S.. .	84
2.2. Die dingliche Wirkung des Erbteilungsurteils i.e.S. . .	85
2.3. Erbteilungsurteil i.e.S. und Haftungsverhältnisse nach erfolgter Teilung	86
3. Prozessuales.	87
3.1. Zur Substantiierung und Formulierung des Teilungsbegehrens i.e.S.	87
3.2. Zur Doppelseitigkeit der Erbteilungsklage i.e.S.	91
3.3. Regelung der Kosten- und Entschädigungsfolge	92
3.4. Zum Weiterzug von Erbteilungsurteilen i.e.S.	94
3.5. Zur Vollstreckung des Erbteilungsurteils i.e.S.	96

2. TEIL:

*DAS VOM RICHTER ANZUWENDENDE
MATERIELLE ERBTEILUNGSRECHT*

4 GRUNDSÄTZLICHES ZUM MATERIELLEN ERBTEILUNGSRECHT.	97
I. EINFÜHRUNG IN DEN THEMENKREIS.	97
1. Problemstellung	97
1.1. Die Erbteilung i.e.S.	97
1.2. Zum Inhalt von Erbteilungsvertrag und -urteil	98
1.3. Zum Nebeneinander von Erbteilungsvertrag und -urteil	99
1.4. Konsequenzen für den Erbteilungsrichter.	100

2. Lösungsansätze	100
2.1. Richterliche Rechtsanwendung nach ZGB Art. 1	100
2.1.1. Allgemeines	100
2.1.2. Zur Bedeutung von Art. 1 ZGB für den Erteilungsrichter	101
2.2. Zu den erbrechtlichen Gesetzesbestimmungen	102
2.2.1. Übersicht	102
2.2.2. Zum Begriff des materiellen Erbteilungsrechts	103
2.2.3. Zum Verhältnis von Richter und Behörde	104
2.3. Bestimmungen ausserhalb des Erbrechts	105
3. Zur Frage der Verbindlichkeit der Erbteilungsregeln	106
 II. ALLGEMEINE TEILUNGSGRUNDSÄTZE	 108
1. Einleitung	108
2. Der Grundsatz der freien Erbteilung	108
2.1. Inhalt	108
2.2. Auswirkungen für den Erteilungsrichter	109
3. Der Grundsatz der Naturalteilung	110
3.1. Inhalt	110
3.2. Ausnahmen vom Prinzip der Zuteilung in natura	111
3.2.1. Durch Teilungsvorschrift	112
3.2.2. Durch Erben Vereinbarung	112
3.2.3. Durch Gesetz	112
3.3. Die Grosse der Erbteile bzw. der Erbschaftsgegen- stände als natürliche Grenze des Prinzips der Zuteilung in natura	113
3.3.1. Allgemeines	113
3.3.2. Zur Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen	114
3.3.3. Zur Höhe der zulässigen Ausgleichszahlungen	116
3.3.4. Zur Zuteilung einer Sache an mehrere Erben gemeinsam	119
3.4. Auswirkungen für den Erteilungsrichter	120
4. Der Grundsatz der Gleichberechtigung aller Erben	121
4.1. Inhalt	121
4.2. Echte Ausnahmen	122
4.2.1. Verzicht eines Erben auf die Gleichberechtigung	122
4.2.2. Teilungsvorschriften des Erblassers	123
4.3. Ortsgebrauch und kantonales Recht	123
4.3.1. Übersicht	123
4.3.1.1. Vorzugsrechte der Söhne und Töchter	123
4.3.1.2. Gleichberechtigung als Ortsgebrauch	124
4.3.2. Zur Bedeutung kantonalen Vorzugsrechte	124
4.4. Auswirkungen für den Erteilungsrichter	126

§ 5 VOLLSTÄNDIGE TEILUNGSREGELN	129
I. EINLEITUNG	129
1. Zum Begriff der vollständigen Teilungsregel	129
2. Arten vollständiger Teilungsregeln	129
3. Die Bedeutung der vollständigen gesetzlichen Teilungsregeln für die gesamte richterliche Erbteilung	130
II. GESETZLICHE VOLLSTÄNDIGE TEILUNGSREGELN	131
1. Das bauerliche Erbteilungsrecht	131
1.1. Allgemeines	131
1.2. Art. 620 als Kernstück des bauerlichen Erbteilungs- rechts	132
1.2.1. Der Gesetzeswortlaut	132
1.2.2. Die objektiven Voraussetzungen für eine ungeteilte Zuweisung	133
1.2.2.1. Der Begriff des landwirtschaftlichen Gewerbes	133
1.2.2.2. Das Erfordernis der wirtschaftlichen Einheit.	134
1.2.2.3. Das Erfordernis einer ausreichenden landwirt- schaftlichen Existenz	135
1.2.3. Die subjektiven Voraussetzungen für eine unge- teilte Zuweisung	137
1.2.3.1. Die Erklärung des Übernahmewillens durch den Erben	137
1.2.3.2. Die Eignung des Bewerbers	137
1.3. Ergänzende Regeln betreffend den Zuweisungs- gegenstand	138
1.3.1. Die Zuweisung beweglicher Sachen (Art. 620 bis).	138
1.3.2. Die Zerlegung des landwirtschaftlichen Gewerbes in mehrere Betriebe (Art. 621 quater).	139
1.3.3. Die Behandlung von Nebengewerben (Art. 625).	140
1.4. Die Bestimmung des Übernehmers	142
1.4.1. Wille und Eignung zur Übernahme als Grund- voraussetzung und Zuteilungsregel.	142
1.4.2. Der Vorrang des Selbstbewirtschafters.	143
1.4.3. Die Berücksichtigung der persönlichen Verhält- nisse der Bewerber.	144
1.4.4. Die Bedeutung der Teilungsvorschriften für die Frage der Zuweisung	144
1.5. Die Zuweisungsinstanz	145
2. Familien- und eheliche Wohnung in der Erbteilung	146
2.1. Die gesetzliche Regelung in der Übersicht.	146
2.2. Die Zuweisungsobjekte	148

2.2.1. "...worin die Ehegatten gelebt haben..."	.149
2.2.2. Das Mehrfamilienhaus in der Teilungsmasse	.151
2.2.3. Die Hausratsgegenstände im besonderen	.152
2.3. Zur Person des Übernehmers	.154
2.4. Zur juristischen Natur des Anspruchs	.155
3. Forderungen des Erblassers gegenüber einem Erben	.157
III. SONSTIGE VOLLSTÄNDIGE TEILUNGSREGELN	.158
1. Die Teilungsvorschriften des Erblassers	.158
1.1. Allgemeines	.158
1.2. Zur Rechtslage bei Nichtausübung des Wahlrechts	.159
2. Einigung der Erben vor Gericht	.160
6 UNVOLLSTÄNDIGE TEILUNGSREGELN	.161
EINLEITUNG	.161
1. Begriffliches	.161
2. Zu den sonstigen unvollständigen Teilungsregeln	.162
3. Die Frage des WAS? - Zur Umschreibung des Zuweisungsgegenstandes	.163
4. Die Frage des WER? - Die Zuteilungsregeln	.164
5. Vollständige und unvollständige Teilungsregeln aus der Sicht des Richters	.165

Erster Abschnitt:

DEN ZUWEISUNGSGEGENSTAND UMSCHREIBENDE REGELN

I. DIE EINZELSACHE IN DER ERBTEILUNG	.166
1. Güter, die nicht ohne wesentlichen Wertverlust geteilt werden können	.166
1.1. Die Grundregel des Art. 612 Abs. 1	.166
1.1.1. Wortlaut und Gehalt	.166
1.1.2. Der wesentliche Wertverlust	.167
1.1.3. Die Erbschaftssache nach Art. 612 Abs. 1 im allgemeinen und die Grundstücke im besonderen	.168
1.1.4. Zur Bedeutung von Art. 612 Abs. 1 für die richterliche Erbteilung	.169
1.2. Die ergänzenden Regeln des Art. 612 Abs. 2 und 3	.170
1.2.1. Die Veräußerung nach Art. 612 Abs. 2	.170
1.2.2. Art. 612 Abs. 3 und die Ander Veräußerung	.171
1.3. Zur Zuständigkeit von Erbteilungsrichter und Behörde in Art. 612	.172

1.3.1. Kritische Würdigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung	172
1.3.2. Folgerungen	173
2. Güter, die ohne wesentlichen Wertverlust körperlich geteilt werden können	175
2.1. Auswirkungen von Art. 612 Abs. 1.	175
2.2. Die Bedeutung des Naturalteilungs- und des Gleichberechtigungsgrundsatzes.	175
2.3. Konkrete Beispiele.	176
3. Güter, deren Teilung mit einem Wertzuwachs verbunden ist.	178
4. Zerstückelungsverbote für Grundstücke.	178
5. Familienschriften und Gegenstände mit besonderem Erinnerungswert	179
5.1. Zum Begriff der Familienschriften und der Gegen- stände mit besonderem Erinnerungswert	179
5.2. Das Veräußerungsverbot und seine Bedeutung	180
5.3. Die Konfliktlösungsnorm Art. 613 Abs. 3.	182
5.4. Der Erbteilungsrichter und die Regelung für Pietätsgegenstände.	184
II. DIE AUS MEHREREN EINZELSACHEN ZUSAMMEN- GESETZTE EINHEIT IN DER ERBTEILUNG.	185
1. Güter, die eine wirtschaftliche Einheit bilden.	185
1.1. Grundzüge von Art. 613 Abs. 1.	185
1.2. Die Bedeutung des Wertverlustes in Art. 613 Abs. 1.	186
1.3. Art. 613 Abs. 3 und die Sachgesamtheiten.	188
1.4. Sachgesamtheiten und richterliche Erbteilung.	189
2. Güter, die eine rechtliche Einheit bilden.	190
2.1. Unselbständige Rechte.	190
2.2. Rechtliche Grundverhältnisse.	192
2.3. Nichttrennung von Pfandsache und Pfandschuld....	193
III. DIE RICHTERLICHE AUFTEILUNG EINES NICHTLAND- WIRTSCHAFTLICHEN GRUNDSTÜCKES ZU STOCK- WERKEIGENTUM.	194
1. Problemstellung	194
1.1. Der Fall	194
1.2. Die Ansicht des Bundesgerichts.	195
1.2.1. Die rechtliche Struktur des Stockwerkeigentums.	195
1.2.2. Die erhöhte Bindungswirkung für den Erben.	196
1.2.3. Die abschliessende Aufzählung in Art. 712d.	196
1.3. Die Konsequenzen der bundesgerichtlichen Recht- sprechung auf die Anwendung von Art. 612a.	197

1.3.1. Ungerechtfertigte Bevorzugung und Benachteiligung des überlebenden Ehegatten.	197
1.3.2. Das gegenseitige Verhältnis von Art. 612a Abs. 1 und 3.	198
2. Kritische Würdigung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung	198
2.1. Zur rechtlichen Struktur des Stockwerkeigentums.	199
2.2. Zur erhöhten Bindungswirkung für den Erben	201
2.3. Zur abschliessenden Aufzählung in Art. 712d.	201
2.4. Die Zuweisung eines vom Erblasser zu Stockwerkeigentum ausgestalteten Mehrfamilienhauses.	203
3. Folgerungen.	204
3.1. Allgemeines.	204
3.2. Die richterliche Begründung von Stockwerkeigentum und die Grundsätze der Naturalteilung und der Gleichberechtigung aller Erben.	204
3.3. Die Teilung bei mehreren Mehrfamilienhäusern in der Teilungsmasse.	206
3.4. Die ausschliessliche Zuständigkeit des Richters im Erbteilungsprozess.	207

Zweiter Abschnitt:

DIE PERSON DES ÜBERNEHMERS FESTLEGENDE REGELN

I. ANHALTSPUNKTE IM GESETZ.	208
1. Die den gesetzlichen Teilungsregeln zugrundeliegenden Zuteilungsregeln.	208
1.1. Beiden vollständigen Teilungsregeln.	208
1.1.1. Im bäuerlichen Erbteilungsrecht.	208
1.1.2. Bei der Zuweisung der ehelichen Wohnung an den überlebenden Ehegatten.	209
1.1.3. Die Forderungen des Erblassers gegenüber einem Erben.	210
1.1.4. Zusammenfassung.	210
1.2. Anhaltspunkte in den unvollständigen Teilungsregeln.	210
1.2.1. Das Schicksal der Pietätsgegenstände.	210
1.2.2. Die Einschränkung des Art. 612a Abs. 3.	211
1.2.3. Bei wirtschaftlich zusammengehörenden Sachen	212
1.2.4. Zusammenfassung.	213
2. Zur Bedeutung der in Art. 611 Abs. 2 und Art. 613 Abs. 3 genannten Kriterien.	213
2.1. Ausgangspunkt.	213
2.2. Der Ortsgebrauch.	214

2.3. Der Wunsch der Mehrheit der Miterben	215
2.4. Zusammenfassung	216
3. Ein Blick auf das eheliche Güterrecht	217
3.1. Allgemeines	217
3.2. Die Gütergemeinschaft	218
3.3. Die Errungenschaftsbeteiligung und die Gütertrennung	219
II. DIE DIREKTE RICHTERLICHE ZUWEISUNG VON	
ERBSCHAFTSSACHEN.	219
1. Zuteilungskriterien und-faktoren	219
1.1. Die persönlichen Verhältnisse und die Wünsche der Mehrheit der Miterben.	219
1.2. Sonstige Faktoren mit Einfluss auf die Zuteilung von Erbschaftssachen	220
1.2.1. Die proportionale Verteilung der Erbschaftsgüter . .	220
1.2.2. Die Grosse der Erbteile	222
1.2.3. Die Ausgleichung	223
1.2.4. Der Pflichtteil	224
2. Die persönlichen Verhältnisse-Konkrete Fälle.	224
2.1. Der Teilaspekt der Eignung und Selbstbewirtschaftung - Die "Unternehmung" in der Erbteilung	225
2.1.1. Selbstbewirtschaftung und Unternehmen im weitesten Sinne.	225
2.1.2. Die übrigen persönlichen Verhältnisse.	227
2.1.3. Zusammenfassung und Frage eines Unternehmens- erbrechts.	229
2.2. Der Teilaspekt des Eigengebrauchs - Gebrauchs- gegenstände in der Erbteilung.	230
2.2.1. Eigengebrauch und Gebrauchsgegenstände im weitesten Sinne.	230
2.2.2. Die übrigen persönlichen Verhältnisse.	232
2.2.3. Zusammenfassung	234
2.3. Der Teilaspekt der besonderen Beziehung	234
2.3.1. Die besondere persönliche Beziehung.	234
2.3.2. Die besondere rechtliche Beziehung	235
2.3.2.1. Verbot der Zuweisung zu nacktem Eigentum. . . .	235
2.3.2.2. Zur Bedeutung von Kaufs-, Rückkaufs- und Vorkaufsrechten	237
2.3.2.3. Mit- und Gesamteigentum	238
2.4. Zur Rangordnung der Teilaspekte der persönlichen Verhältnisse.	239
2.4.1. Allgemeines.	239

2.4.2. Gegenüberstellung der Teilaspekte der Selbstbewirtschaftung bzw. des Eigengebrauchs und der besonderen rechtlichen Situation	240
2.4.2.1. (Bisheriger) Selbstbetrieb bzw. Eigengebrauch und das Verbot der Zuweisung zu nacktem Eigentum	240
2.4.2.2. (Bisheriger) Selbstbetrieb bzw. Eigengebrauch und Kaufs-, Rückkaufs- und Vorkaufsrecht	241
2.4.2.3. (Bisheriger) Selbstbetrieb bzw. Eigengebrauch und Mit- und Gesamteigentum	242

3. TEIL:

7 DIE AUSGLEICHUNG. 243

I. ZUR THEMATIK DER AUSGLEICHUNG. 243

1. Zur systematischen Einordnung der Ausgleichung im Erbrecht	243
1.1. Die ausgleichsrechtliche Gretchenfrage.	243
1.2. Die Ausgleichung als Teilung i.w.S.	243
1.3. Ausgleichung und Erbteilung i.e.S.	244
1.4. Prozessuales.	245
2. Grundzüge der gesetzlichen Regelung	246
2.1. Übersicht	246
2.2. Zum Vorgang unter Lebenden.	248
2.2.1. Der problematische Begriff des Vorempfangs.	248
2.2.2. Die Struktur der Ausgleichungsartikel als Ansatzpunkt	249
2.2.3. Die Zuwendung unter Lebenden im einzelnen.	250
2.2.3.1. Einleitung.	250
2.2.3.2. Der Begriff der Zuwendung.	251
2.2.3.3. Das Erfordernis der Unentgeltlichkeit.	253
2.2.3.4. Das Erfordernis der Freiwilligkeit.	254

II. DIE GESETZLICHE AUSGLEICHUNG. 255

1. Das Prinzip der Ausgleichung und seine Tragweite.	255
1.1. Der Gesetzeswortlaut	255
1.2. Die Objekte der gesetzlichen Ausgleichung.	256
1.3. Der Kreis der Anspruchsberechtigten.	257
2. Sonderfälle und Ausnahmen.	259
2.1. Die Ausgleichung des Überschusses.	259
2.2. Die Ausgleichung der Erziehungs- und Ausbildungskosten.	261
2.2.1. Grundzüge der gesetzlichen Regelung	261
2.2.2. Der Begriff des Üblichen.	262

2.2.3. Zum Kreis der Ausgleichungsgläubiger und -Schuldner	263
m. ANORDNUNG UND ERLASS DER AUSGLEICHUNG DURCH DEN ERBLASSER	264
1. Allgemeines	264
1.1. Die Verfügungskompetenz des Erblassers	264
1.2. Zu Natur, Form und Zeitpunkt der Verfügungen	265
1.3. Die Gelegenheitsgeschenke	266
1.3.1. Zum Begriff des üblichen Gelegenheitsgeschenks	267
1.3.2. Zur Tragweite der Vorschrift	268
2. Die Anordnung der Ausgleichung durch den Erblasser	269
2.1. Die freiwillige Ausgleichung unter Intestaterben nach Art. 626 Abs. 1.	269
2.2. Die das Mass der gesetzlichen Ausgleichung sprengende Ausgleichungsanordnung	270
2.3. Der Widerruf der Ausgleichungsdispens	270
2.4. Die Festsetzung eines über dem gesetzlichen Wert liegenden Ausgleichungsbetrages	271
2.5. Die Ausgleichung bei Erbeinsetzung der Nachkom- men und des allenfalls überlebenden Ehegatten	272
2.6. Die Ausgleichungsanordnung unter eingesetzten Erben	275
3. Der Erlass der Ausgleichung durch den Erblasser	277
3.1. Der Erlass der gesetzlichen Ausgleichung	277
3.2. Erlass und Dispens von der freiwilligen Ausgleichung	278
3.3. Die Festsetzung eines unter dem gesetzlichen Wert liegenden Ausgleichungsbetrages	279
3.4. Erlass und Dispens von der Ausgleichung unter eingesetzten Erben	280
IV. DIE AUSGLEICHUNGSARTEN	281
1. Übersicht	281
2. Die Ausgleichung in natura	282
2.1. Der Mechanismus der Einwerfung	282
2.2. Naturalausgleichung und vertretbare Sachen	283
2.3. Naturalausgleichung und Zuwendung von Geld zum Kauf eines bestimmten Objekts	284
2.4. Naturalausgleichung und Erbteilung i.e.S.	284
3. Die Ausgleichung durch Anrechnung	285
3.1. Der Mechanismus der Anrechnung	285
3.2. Ausgleichung durch Anrechnung und Los- bildungsverfahren	286

3.3. Ausgleichung durch Anrechnung und richterliche Erbteilung	286
4. Die Ausgleichung in Geldform	287
4.1. Die unselbständige Ausgleichung in Geldform	288
4.1.1. Als Ergänzung zur Idealkollation	288
4.1.2. Als Ergänzung zur Realkollation	288
4.2. Die selbständige Ausgleichung in Geldform	289
4.2.1. Bei vertretbaren Sachen	289
4.2.2. Bei unverschuldeter Unmöglichkeit der Naturalausgleichung	290
4.2.3. Bei Zuwendung einer Dienstleistung	290
4.2.4. Selbständige Ausgleichung in Geldform und Erbteilung i.e.S.	291
5. Die Wahl der Ausgleichungsart	291
5.1. Das Wahlrecht des Ausgleichungspflichtigen	291
5.2. Anderslautende Verfügungen des Erblassers	292
5.3. Zur Rechtslage bei Nichtausübung des Wahlrechts durch den Wahlberechtigten	293
V. DDE ERMITTLUNG DES AUSGLEICHUNGSWERTES	294
1. Allgemeines	294
1.1. Die Notwendigkeit einer Schätzung	294
1.2. Die Schätzungsmethode	295
1.3. Der Zeitpunkt der Schätzung	295
1.4. Der Verweis auf die Besitzesregeln	297
1.5. Verwendungen, Früchte und Gefahrentragung nach Erbgangseröffnung	298
2. Besondere Bewertungsprobleme	300
2.1. Die Berechnung des Ausgleichungswertes bei Veräußerung, dinglicher Belastung, Verlust, Vernichtung und Beschädigung der Zuwendung	300
2.2. Die Berechnung des Ausgleichungswertes bei der gemischten Schenkung	302
2.3. Die Berechnung von gesetzlichem Erbanteil und Überschuss	304
2.3.1. Denkbare Fälle	304
2.3.2. Die Berechnungsmethode	304
3. Die Fälle möglicher selbständiger Ausgleichung in Geldform	306
3.1. Die Bewertung einer Zuwendung in Geld	306
3.2. Die Bewertung vertretbarer Sachen	307
3.3. Die Bewertung einer Dienstleistung	308
3.4. Die Bewertung der Zuwendung bei Ausgleichung für einen Dritten	308

SCHLUSSTEIL:

§ 8 ZUSAMMENFASSUNG IN THESEN	311
1. Erbfall-Erbengemeinschaft-Teilungsanspruch	311
2. Abschluss der Erbteilung	312
3. Der Grundsatz der freien Erbteilung.	312
4. Aufgaben und Kompetenzen des Erbteilungsrichters	313
5. Die Erbteilung i.e.S.-Materielles Erbteilungsrecht	314
6. Vollständige Teilungsregeln.	314
7. Unvollständige Teilungsregeln-WAS?.	315
8. Unvollständige Teilungsregeln - WER?.	318
9. Zur Frage eines Unternehmenserbrechts.	320
10. Die Passiven im besonderen.	321
11. Die Ausgleichung	321
12. Zur Verbindlichkeit der Teilungsregeln	324
13. Rechtsmittel	324
14. Prozessuales.	325